



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Felix Locke, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER),**

Jürgen Baumgärtner, Martin Wagle, Konrad Baur, Jürgen Eberwein, Jochen Kohler, Joachim Konrad, Josef Schmid, Thorsten Schwab CSU

Verkehrsinfrastruktur in Bayern modernisieren – der Bund muss die notwendigen Haushaltsmittel bereitstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin gegenüber dem Bund für eine Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel für Erhalt, Planung und Bau von Bundesfernstraßen einzusetzen. Bestehende Finanzierungslücken für den Zeitraum von 2026 bis 2029 sind insoweit zu schließen.

Der Landtag begrüßt sämtliche Initiativen, insbesondere der Staatsregierung und des Ministerpräsidenten sowie der in der Bundesregierung politisch Verantwortlichen, die sich für eine verlässliche Finanzierung einsetzen. Der Freistaat hat als größtes Land ein besonderes Interesse an einer auskömmlichen Finanzausstattung.

Begründung:

Im Koalitionsvertrag für die laufende Legislaturperiode auf Bundesebene ist eine verlässliche Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur des Bundes vereinbart. Die erforderlichen Finanzmittel können unter anderem über das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes bereitgestellt werden.

Ungeachtet dessen sind in den laufenden Haushaltsverhandlungen nicht ausreichend Mittel für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur vorgesehen. Für den Zeitraum 2026 bis 2029 fehlen für die Bundesfernstraßen Mittel in Höhe von 15 Mrd. Euro. Die Verkehrsministerkonferenz der Länder hat bereits am 18. September 2025 eine auskömmliche Finanzierung eingefordert. Insbesondere aufgrund der Bemühungen des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder im Koalitionsausschuss wurde ein fruchtbarer Weg beschritten, eine spürbare Verbesserung für Bundesfernstraßen und damit auch für Bayern zu erreichen. Dieser Weg muss nun konsequent fortgesetzt werden.